Zeitschrift: Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 11 (2002)

Artikel: Eine neue Kompetenzordnung für das Europa des 21. Jahrhunderts
Autor: Schäuble, Wolfgang
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-832893

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

EINE NEUE KOMPETENZORDNUNG FÜR DAS EUROPA DES 21. JAHRHUNDERTS

Wolfgang Schäuble

Ich freue mich natürlich, dass mit einem so grossen Engagement über die europäischen Verfassungsfragen in der Schweiz diskutiert wird und stimme grundsätzlich zu, dass die schweizerische Verfassung, ihre Geschichte und alle Erfahrungen viele Anregungen für die europäische Debatte beinhalten. Sie werden mir die Bemerkung nicht verdenken, dass sich viele in Europa auf den Tag freuen, an dem die Schweiz sich engagierter unmittelbar an diesem Prozess beteiligen wird. Aber niemand wird die Schweiz drängen; sie wird diese Entscheidung im für sie richtigen Zeitpunkt treffen.

Ein Punkt spielt in den Beratungen im Konvent für die Zukunft Europas und im Umfeld dieses Konvents eine grosse Rolle: Es gibt eine Reihe von Stimmen in der europäischen Diskussion, nicht zuletzt aus Grossbritannien, die sagen: «Wir brauchen ein neues Philadelphia.» Die Vorstellung, dass dieser europäische Verfassungskonvent für die Zukunft Europas gewissermassen ein neues Philadelphia erarbeitet – das heisst, kluge Menschen formulieren auf einem unbeschriebenen Blatt Papier eine Verfassung – wird nicht der Realität entsprechen. Wir sind in Europa nicht am Anfang, wir sind glücklicherweise nicht in der revolutionären Situation, in der sich Deutschland nach 1945 befand. Der Preis der Gnade einer Stunde Null für ein neues Philadelphia ist in der Regel ziemlich teuer. Er wird von Jahrhundert zu Jahrhundert noch teurer und deswegen plädiere ich dafür, nie auf eine Revolution zu setzen.

Bei der gelegentlichen Diskussion um ein einfaches Steuersystem in Deutschland höre ich von Professoren und bedeutenden Finanzwissenschaftlern, dass das für Kroatien neu geschaffene Steuersystem wunderbar funktioniere. Die Voraussetzungen für den Aufbau eines neuen Steuersystems in Kroatien möchte ich in Deutschland nicht erst schaffen müssen. Wir sollten von der Kompliziertheit des aktuellen Systems, von der Realität ausgehen.

Einerseits ist es in Europa inzwischen weitgehend unbestritten, dass wir im europäischen Einigungswerk weit vorangekommen sind. Die Deutschen können es am besten ermessen. Ohne die Attraktivität der Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung hätten wir die Wiedervereinigung (die viele nicht für möglich gehalten haben), den Fall der Berliner Mauer (und allem was dazu-

gehört, bis zur «kleinen Nebenfolge», dass die Sowjetunion und der Ost-West-konflikt nicht mehr bestehen) nicht bekommen. Diesen unmittelbaren Zusammenhang muss man sehen. Die Polen waren viel mehr als viele politische Kräfte in Deutschland für den Verbleib auch eines wiedervereinten Deutschlands in der atlantischen Allianz. Sie wussten ganz genau, dass der Weg nach Europa und in die Gemeinschaft des Westens, in die Stabilität, für sie nur auf diesem Weg zu schaffen ist. Europa ist eine Erfolgsgeschichte, was man auch daran erkennen kann, dass wir – ursprünglich sechs Mitglieder – uns heute vor Beitrittsbewerbern fast nicht retten können. Auch in der wirtschaftlichen Integration sind wir weit vorangekommen. Man sollte das nicht gering schätzen.

Andererseits wird die Zustimmung zur konkreten Realität des europäischen Alltags eher schwächer. Das Interesse in der Bevölkerung hat nicht überall entsprechend zugenommen, siehe Wahlbeteiligung zum europäischen Parlament und dergleichen mehr. Auch die versammelten Aussenminister im europäischen Rat waren sich nicht sicher, ob die Abstimmungen zu einem Referendum zum Vertrag von Nizza gleich dem in Irland, in allen anderen Mitgliedsländern ein anderes Ergebnis erfahren hätte. Die Analyse zeigt inzwischen eine ziemlich grosse Übereinstimmung, dass Europa unter dem dreifachen Mangel an Transparenz, Effizienz und demokratischer Legimitation leidet. Die Menschen wissen nicht genau, wer in Europa eigentlich was entscheidet und wer dafür die Verantwortung trägt. Romano Prodi hat einmal gesagt, dass Europa ein immer dichteres Geflecht oder Netzwerk von europäischen und nationalen Regelungen sein wird. Vielleicht geht es auch nicht anders; es entspricht auch ein Stück weit der Methode von Monet.

Der deutsche Städtetag, ein Zusammenschluss der Städte mit mehr als 20'000 Einwohnern in Deutschland, hat vor kurzem eine Untersuchung veröffentlicht: Sechzig Prozent aller Entscheidungen der kommunalen Selbstverwaltungsorgane in Deutschland werden durch Entscheidungen oder Vorgaben der EU mitbeeinflusst. Da sind die Einflüsse auf kommunale Selbstverwaltung durch Bundes- und Landespolitik, die gelegentlich auch noch kleine bürokratische Impulse geben, noch nicht mitgezählt. Das führt notwendigerweise auch dazu, dass solche Entscheidungsprozesse schwerfällig und ineffizient sind, lange dauern und damit immer wieder eine schwierige Verhandlungssituation mit langen Nächten mit sich bringen.

Ein Punkt ist mir, im Zusammenhang mit Effizienz, wichtig zu erwähnen. Nationalrat Andreas Gross meinte in einer Diskussion: Lass doch der Demokra-

ist das wahr; andererseits haben wir aber in Europa in vielen Punkten, bei vielen Entscheidungen nicht mehr viel Zeit. Wir müssen zum Beispiel die Überwindung der Folgen der europäischen Teilung, die sogenannte Osterweiterung, relativ schnell meistern. Wir haben Anstrengungen unternommen, der Bevölkerung zu erklären, dass dies richtig, notwendig und in ihrem eigenen, wohlverstandenen Interesse ist. An einer Veranstaltung in Jena habe ich den Anwesenden erklärt: «Ihr werdet sehen, dass die Sorgen mit einem Beitritt östlicher Nachbarn geringer werden, denn weder für Zuwanderung, noch für unfaire wirtschaftliche Konkurrenz, noch für die unterschiedliche Wohnkostensituation oder für gewisse Stabilitätsrisiken ist die EU-Erweiterung die Ursache.» Die Ursache ist das grosse Gefälle, das die europäische Teilung hinterlassen hat und die Tatsache, dass der Eiserne Vorhang es nicht mehr trennt. Die Osterweiterung ist eher die Lösung des Problems als die Ursache. Aber so etwas glauben die Menschen häufig erst nach zehn Jahren entsprechender Erfahrung. Wir in Deutschland müssen noch ein bisschen nacharbeiten, weil sich noch nicht alle Erwartungen mit der schnellen deutschen Wiedervereinigung vollständig erfüllt haben. Deswegen haben wir unter dem Gesichtspunkt der Effizienz in den europäischen Entscheidungen gelegentlich schon ein Defizit.

Wenn man nicht weiss, wer was entscheidet, ist die demokratische Legitimation notwendigerweise eine begrenzte. Das führt übrigens dazu, dass die wichtigen Entscheidungen letzten Endes doch von den nationalen Regierungen getroffen werden. Oder, um es noch genauer zu formulieren: Die nationalen Regierungen, insbesondere die Regierungschefs, sind überzeugt, dass am Ende des Tages sie und niemand anders entscheidet. Lassen Sie mich dies an einem Beispiel erklären: Um einen blauen Brief für ein Mitgliedsland gab es vor kurzem Diskussionen. Dies hat zwei Seiten. Erstens führt es dazu, dass die Entscheidungsprozesse diesen Mangel noch mehr verstärken; zweitens wird die Versuchung gross, dass Bürokratien (die ja auch stets in den Regierungen stecken) immer mehr Entscheidungen, die sie möglicherweise in ihren eigenen Ländern gar nicht hinbekommen, auf die europäische Ebene verlagern, nach dem Motto: «Was man in Berlin nicht schafft, kann man ja in Brüssel nochmals versuchen». Wenn jemand den früheren Bundeskanzler auf eine idiotische Richtlinie aus Brüssel aufmerksam machte, die uns in irgendeiner Sache behinderte und er – wie es sich für einen Regierungschef gehört – einen Tobsuchtsanfall hatte, dann führten die genaueren Ermittlungen zum Ergebnis, dass es ein deutsches Ministerium war, das den ursprünglichen Anstoss für eine solche Richtlinie in Brüssel gegeben hatte. Wir haben auch die Situation erlebt, dass sich die Bayerische Landesregierung bitter über ei-

nen Unfug beklagte und es sich herausstellte, dass ein Bayerisches Ministerium die kritisierte Regelung in Brüssel anregte. Deswegen ist wohl die allerwichtigste Frage für den Konvent und wichtigster Auftrag, dass man eine bessere Zuständigkeitsordnung zustandebringt.

Ich habe die Vision aufgegeben, dass man einen ganz einfachen Katalog zustande bringen kann. Wir müssen klar machen – vielleicht doch anders als die Gründungsmütter und -väter der europäischen Bewegung sich das vorgestellt haben – dass die EU nicht eines Tages an die Stelle der Nationalstaaten treten wird. Ich glaube, wir haben heute besser verstanden, dass – jedenfalls für eine vorhersehbare Zeit – ein Teil staatlicher Zuständigkeit bei den Mitgliedstaaten bleiben wird, und ein anderer Teil von der EU wahrgenommen wird. Das bedeutet, dass wir eine neue Form geteilter Staatlichkeit haben werden. Wir Schweizer, wir Deutsche empfinden das als Föderalismus, aber wir wissen, dass der Begriff in anderen europäischen Sprachen und Traditionen einen ganz anderen Sinn hat. Ein Franzose kann beim besten Willen nicht wirklich verstehen, was wir unter Föderalismus verstehen. Er kann Dezentralisierung begreifen, was für ihn aber etwas ganz anderes bedeutet, als Föderalismus für Schweizer und Deutsche. Geteilte Souveränität, geteilte Staatlichkeit – aber dennoch muss eine Zuständigkeitsordnung dafür sorgen, dass wir mehr Transparenz erreichen, dass wir wissen, wer was entscheidet. Eine Zuständigkeitsordnung ist eine Voraussetzung dafür, dass wir die Entscheidung, die Europa treffen muss, europäisch treffen.

Das ist für viele revolutionär, denn es heisst, europäische Entscheidung aus der Letztverantwortung, aus der letzten Zuständigkeit der nationalen Regierungen, herauszulösen. Wenn das nicht gelingt, werden wir bei der jetzigen Entwicklung bleiben. Dieses heute komplizierteste Geflecht, das intergouvernemental abläuft, wird am Ende nicht wirklich den Qualitätssprung schaffen, nämlich einen – wie immer begrenzten oder nicht begrenzten – Bereich europäischer Gemeinschaft oder Zuständigkeiten. Nicht in einem Verfahren, wo man alles als Verordnung erlässt, weil die Mechanismen die Richtlinien zustande bringen, die im europäischen Gesetzgebungsverfahren viel komplizierter sind. Wir haben ja in der Rechtssetzungskultur in Europa eine Umkehrung. Normalerweise regelt man in Rechtsstaaten die wichtigeren Dinge als Gesetze und die Details durch Verordnungen. In Europa ist es genau umgekehrt; aus dem Grund, dass die institutionellen Prozesse es nicht wirklich schaffen, europäische Entscheidungen europäisch-demokratisch zu legitimieren. Das kann man nur schaffen, wenn man die Zuständigkeit Europas verlässlich begrenzt. Denn wenn die Menschen in Europa – nicht nur die Regierungen der

Mitgliedstaaten und die Politiker – die Sorge haben, dass mit einem Prozess einer europäischen Verfassung sich allmählich alles auf die europäische Ebene hinentwickelt – so wie es Konrad Hesse, berühmter Verfassungsrechtler in Freiburg, in seiner Habilitationsschrift vom unitarischen Bundesstaat beschrieben hat –, wie es in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Bundesrepublik Deutschland ganz gewiss der Fall ist, dann würden die Mehrzahl der Menschen ein solches Europa nicht wollen.

Wir haben in Europa nicht genügend Öffentlichkeit, wir haben keine gemeinsame Sprache, wir haben eine geringe gemeinsame Wahrnehmung von Wichtigem und Unwichtigem. Der 11. September ist für alle wichtig, aber vieles andere – legen Sie Tageszeitungen von Finnland, Portugal, Spanien, Deutschland einen Tag nebeneinander – ist von völlig unterschiedlicher Wichtigkeit. Die Identifikation der Menschen ist jeweils eine ganz andere, ebenso Geschichtserfahrung und Traditionsbildung. Deswegen wird die Legitimation europäischer Entscheidungen – demokratisch durch europäische Institutionen –, nur gelingen, wenn die Zuständigkeitsordnung gelingt. Legitimation europäischer Entscheidungen heisst ja noch, dass das europäische Parlament bei den europäischen Entscheidungen die zentrale Rolle gewinnen muss. Und dass wir auch eine Exekutive in Europa brauchen, ist klar. Dieser Mischmasch aus Kommission und Rat – der Rat versteht sich sowohl als eigentlicher Gesetzgeber wie auch als Regierung Europas – kann auf die Dauer nicht funktionieren. Deswegen brauchen wir eine europäische Exekutive.

Der deutsche Aussenminister hat einmal gesagt, man sollte in Europa den Präsidenten doch in einer Direktwahl, in einer unmittelbaren Wahl wählen. Ich würde eher ein parlamentarisches System bevorzugen. Der Kommissionspräsident oder die Präsidentin sollte vom Parlament gewählt werden und dazu kommt eine zweite Kammer. Ich plädiere dafür, auf Grund deutscher Erfahrungen, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten die zweite Kammer bilden, in der jeder Staat dasselbe oder ungefähr dasselbe Gewicht hat. Es gibt Variationsmöglichkeiten. Im Parlament muss natürlich das Prinzip «one man/ one woman – one vote», das Prinzip der Stimmengleichheit verwirklicht werden, allenfalls mit marginalen Abweichungen zugunsten kleinerer Mitgliedstaaten, wenn man sich nicht für grenzüberschreitende Wahlkreise entscheiden möchte. Das ist, wenn die Zuständigkeitsordnung gelingt, nicht so hoffnungslos und unrealistisch, wie viele meinen. Ich habe es übrigens sehr begrüsst, dass die Frage der Zuständigkeitsordnung als zentraler Schlüssel auch von Giscard d'Estaing in seiner Eröffnungsrede zum europäischen Konvent als erster Punkt genannt worden ist.

Wir Deutsche haben ein Problem, das sich diese Woche wieder artikuliert hat. Unsere Beiträge – insbesondere aus dem Bereich der Union, der Unionsparteien – werden missverstanden, als ginge es um die Bewahrung bestimmter Privilegien deutscher Bundesländer, insbesondere des Sparkassenprivilegs, die sogenannte Daseinsvorsorge. Vor diesem Missverständnis muss man die Zuständigkeitsdebatte bewahren: Denjenigen, die sich intensiver mit diesen Fragen beschäftigt haben, geht es nicht um Reservatsrechte für spezifische Probleme deutscher Landespolitik, sondern darum, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass wir europäische Entscheidungen auch europäisch-demokratisch legitimiert bekommen.

Das ist der eigentliche Punkt und da ist eine Linie, wo wir einen Konsens schaffen können. Meine Hoffnung ist, dass wenn alle Mitglieder des Konvents diese Balance begreifen, sie ein gutes Ergebnis zustandebringen. Denn wenn diese Grundfrage akzeptiert ist, werden wir die europäischen Institutionen deutlich verbessert bekommen. Ich bin nicht der Auffassung, dass bis zum Ende des Konvents oder bis zum Jahre 2004 in Europa die ideale Verfassung besteht, aber ich hoffe, dass wir deutliche qualitative Verbesserungen haben und wir auf diesem Weg weiter voran kommen. Ich bin auch der Meinung, dass der enge Zeitplan wichtig und notwendig ist, weil nicht nur die Staats- und Regierungschefs, sondern die politische Realität eine gewisse Verbindung des europäischen Reformprozesses mit der Erweiterungsdebatte notwendig gemacht hat. Und wenn wir unsere Nachbarn im Osten Europas nicht zu Geiseln unserer Unfähigkeit zu institutionelleren Reformen in Europa machen wollen, müssen wir bis zum 1. Januar 2004 so weit sein, dass Beitritte möglich sind. Es spricht eher mehr dafür als dagegen, dass dies gelingen wird.

Dann wird man vielleicht weiter an diese Debatte gehen müssen. Gelingt es dem europäischen Parlament, seine zentrale Bedeutung für die politische Machtverteilung in Europa auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung zu verankern, wird es in eine andere Rolle kommen. Die Wahlbeteiligung wird stärker, der Streit wird stärker werden. Die Abgeordneten des Parlaments werden in der Wirklichkeit des Parteilebens nicht mehr ein so angenehmes Leben in Form von feierlichen Anlässen und Cocktailempfängen und netten Reden führen, sondern sie selber werden für Entscheidungen Verantwortung übernehmen müssen. Das ist auch gut so: Ihre Rolle wird eine andere, politischere sein. Und im übrigen kann man sich, was die Wahl der Kommission betrifft, darauf verständigen, dass eine Wahl des Parlaments auch der Zustimmung des Rats bedarf, der Vertretung der Regierungen oder der Vertretung der Nationalstaaten. Und für den Fall, dass es keine Einigung gibt, muss man

einen Konfliktauflösungsmechanismus finden. Gelernte Verfassungsrechtler oder Politiker finden schnell eine Lösung aufgrund der Fülle von bestehenden Möglichkeiten. Man darf sich aber nicht täuschen: Um diese zentrale und besonders schwierige Frage der Zuständigkeitsordnung herum gibt es keinen einfachen Weg. In einer Diskussion mit dem damaligen Präsidenten des Grundrechtekonvents, Roman Herzog, habe ich gesagt «Was Sie alles sagen ist wunderschön, Ihre Arbeit ist insgesamt auch eher positiv, aber Sie verschwenden die hohe Qualität für ein nicht sehr schwieriges Thema. Grundrechte haben wir alle in Europa. Was uns fehlt, ist eine solche Zuständigkeitsordnung, für die es in der Verfassungsgeschichte keine Vorlage gibt.» Worauf er antwortete: «Sie haben recht, aber das ist das, um was mich die Regierung gebeten hat. Das andere wäre wichtiger, aber so schwierig. Das machen besser Sie, ich bin auch schon älter.»

Auch das Thema «Vereinfachung der Verträge» bis zu den wunderbaren Arbeiten des Instituts von Florenz löst dieses Problem nicht. Wenn wir nicht in der Zuständigkeitsordnung eine Antwort finden, werden wir nicht zu Entscheidungen kommen, die in alleiniger europäischer Zuständigkeit und eben nicht mehr in der Letztverantwortung der nationalen Regierungen liegen. Davon bin ich überzeugt. Deshalb glaube ich im übrigen, dass der Versuch, durch eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente das Problem zu lösen, nicht gelingen wird. Ich warne davor. Ich bin nicht nur Bundesinnenminister gewesen, sondern davor Chef des Kanzleramtes, was in Deutschland eine besonders komplizierte Tätigkeit ist. Und ich hatte auch den Vertrag zur deutschen Einheit mit elf Länderregierungen in meiner Verhandlungsdelegation zu führen. Das Hüten eines Sackes Flöhe ist vergleichsweise einfacher. Hätte ich aber nicht mit elf Landesregierungen, sondern mit elf Landesparlamenten zu tun gehabt, könnte ich heute nicht mehr zu Ihnen reden, sondern ich wäre längst entweder geisteskrank oder hätte Selbstmord begangen. Parlamente sind nicht einigungsfähig, Parlamente können nicht verhandeln. Dazu braucht es andere Möglichkeiten.

Die nationalen Abgeordneten im europäischen Parlament sollen nicht meinen, dass sie alles zu sagen hätten. Es gibt keinen bequemeren Ausweg. Es gibt nicht einen einfachen Katalog, wir brauchen eine Evolutionsklausel sowie das System von Rahmen- und Grundsatzregelungen. Da gibt es viele Vorschläge. Wir werden, um dies als letztes Beispiel zu nennen, in der Aussen- und Sicherheitspolitik (wo sich alle einig sind, dass wir da mehr Europa und nicht weniger brauchen) realistischerweise davon ausgehen müssen, dass wir noch für einige Zeit auf die Mechanismen intergouvernementaler Zusammenarbeit

angewiesen sein werden. Aber wir könnten zum Beispiel, wo immer es intergouvernementale Zusammenarbeit in irgendwelcher Form in Europa gibt, die Kommission der EU als Sekretariat benennen. Man kann die Ratspräsidentschaft jedes Jahr wechseln, jedes halbe Jahr oder alle vierzehn Tage, wenn damit nicht mehr der Wechsel der gesamten Sekretariatsarbeiten von einem Land zum anderen einhergeht. Dieser Wechsel ist heute für jedes Land eine grosse Verantwortung, aber für die Kontinuität des europäischen Prozesses ist es ein schwerer Verlust. Ich verlange nicht «Alles oder nichts!» Es gibt auf dem Weg zum Ziel eine Reihe von Möglichkeiten, wie man aus der heutigen Situation – auch ohne Philadelphia – schrittweise in diese Richtung kommen kann. Aber wir müssen diese Richtung klar markieren.

Und hier meine letzte Bemerkung: Am Ende werden wir den Menschen in Europa auf die Frage «Warum machen wir eigentlich dieses Europa?» in Bezug auf die Zuständigkeitsdebatte eine aktuellere Antwort liefern müssen. Denn dieses Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Wer Europa nur als eine grosse Freihandelszone betrachtet, hat es nicht verstanden. Europa muss eine politische, handlungsfähige Einheit in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts sein. Das ist unser europäisches Interesse und unsere europäische Verantwortung. Dazu braucht man das Wissen, dass wir neben nationaler und regionaler auch eine europäische Identität haben, dass wir eine Schicksalsgemeinschaft sind. Dieses braucht die Welt und dies ist die europäische Verantwortung. In dem Mass, in dem wir das in der Zuständigkeitsordnung konkretisieren, werden die Menschen verstehen, dass es nicht nur um schwärmerische Nostalgie geht. Die globale Welt erfordert mit ihren unglaublich vielen neuen Entwicklungen, Chancen, Bedrohungen und Risiken und dem Schrei nach mehr Ordnung ein handlungsfähiges Europa, das sich übrigens auch immer seiner bitteren Vergangenheit stellen muss. Und wenn eine europäische Einigung es schafft zu zeigen, dass man aus den Trümmern und Verletzungen der Vergangenheit, die man nicht beiseite schieben kann, doch eine handlungsfähige Einheit bauen kann, gibt Europa auch dem Rest der Welt ein gutes Vorbild, nachdem es Jahrhunderte lang auch ein schlechtes gewesen ist. Und wir geben Hoffnung, weil wir so am Ende noch der Gefahr entgehen können, dass Wohlstandsgesellschaften an Vitalität und Zukunftskraft eher abnehmen. Ich denke, dass in einer Rückbesinnung auf die europäischen Interessen und Verantwortlichkeiten gegenüber dieser stärker zusammenwachsenden Welt auch die beste Chance liegt, uns Europäern ein grösseres Mass an Revitalisierung, Identität, Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu geben. Ohne die Schweiz werden wir dies nicht schaffen.

Résumé

Une nouvelle répartition des compétences pour l'Europe du XXIe siècle

Pour Wolfgang Schäuble, la construction européenne connaît de nombreuses réussites mais aussi un déficit de transparence, d'efficience et de légitimité démocratique. Un objectif majeur est d'améliorer la répartition des compétences, avec de nouvelles formes de partage entre l'UE et les Etats membres, où l'Europe prendrait seule les décisions de sa compétence. Le Parlement serait au centre du processus décisionnel et jouerait un rôle plus politique. Au Parlement s'ajouterait une deuxième chambre des gouvernements nationaux et l'UE serait dotée d'un véritable gouvernement. L'Europe n'aura pas tout de suite une constitution parfaite mais sera capable de réaliser les réformes institutionnelles nécessaires aux adhésions dès 2004. Il faut donner un sens plus actuel à l'UE qui, au-delà d'une communauté économique, doit devenir une entité politique capable d'agir dans le monde globalisé du XXIe siècle, consciente de son identité et de sa destinée communes.

Summary

A new distribution of competences for Europe in the 21st century

In Wolfgang Schäuble's opinion the creation of Europe has been characterised by many successes, but also a deficit in transparency, efficiency and democratic legitimacy. A main objective is to improve the distribution of powers with new forms of sharing between the EU and the member States, where Europe is the only one to make decisions in certain areas of competence. The parliament would be at the centre of the decision-making process and would play a more political role. In addition to the Parliament, there would be a second chamber of national governments, and the EU would be given a true government. Europe will not at once have a perfect constitution, but will be able to carry out the institutional reforms which are necessary for the admissions from 2004 onwards. The EU must be given a more topical sense, and, going beyond an economic community, she must become a political entity, which is able to act in the global world of the 21st century, conscious of its common identity and destiny.